

Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit ?

Karl-Heinz Dignas, Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 39, 28.01.1977, Seite 1

Das Problem ist allgemein bekannt: Eine Million Arbeitslose drohen zu einer Dauererscheinung zu werden mit den bekannten negativen Folgen für den Einzelnen und die Gesellschaft. Die beste Arbeitslosenversicherung kann nämlich nicht verhindern, daß die Arbeitslosen mit der Zeit das Gefühl bekommen, unnützlich, Versager zu sein. Zu arbeiten ist eben nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch und vielleicht sogar in erster Linie Selbstzweck. Und mancher, der die Schuld an der Arbeitslosigkeit nicht bei dem Einzelnen, sondern bei der Gesellschaft sucht, neigt schnell dazu, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für die fehlenden Arbeitsplätze verantwortlich zu machen.

Doch ein gemeinsames Problem zu erkennen, bedeutet noch lange nicht, daß auch eine einheitliche Meinung über den Weg zur Problemlösung existiert. Wer die Presse der letzten Zeit aufmerksam verfolgte wird festgestellt haben, wie breitgefächert die Lösungsvorschläge sind. Kein Tag verging, an dem nicht neue Patentrezepte der Öffentlichkeit vorgestellt und von anderen wiederum als unbrauchbar abgelehnt wurden.

Bekanntgeworden ist vor allem folgende Argumentation: Es gibt offensichtlich nur eine ganz bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen. Gibt es nun Arbeitslose, so heißt das, daß die Nachfrage nach Arbeitsplätzen größer ist als die Zahl der Arbeitsplätze. Oder anders herum ausgedrückt: Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist geringer als das Angebot an Arbeitskräften. Also lautet die Schlußfolgerung: Das größere Angebot an Arbeitskräften muß auf die geringere Zahl von Arbeitsplätzen gerecht verteilt werden

Verringerung des Arbeitsangebots?

Möglichkeiten, das totale Arbeitskräfteangebot auf die vorhandene Zahl von Arbeitsplätzen zuzuschneiden, sind sehr schnell gefunden. Es bietet sich wie selbstverständlich z.B. eine Erhöhung der Jahre an, die man in der Schule verbringen muß: Schulen sind nicht mehr Stätten der Bildung und Ausbildung, sondern Aufenthaltsorte für sonst Arbeitslose. Auch die vorzeitige Verrichtung wird aus dieser Sicht als Maßnahme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angesehen. Aber nicht nur die Verringerung der absoluten Zahl der Arbeitskräfte, sondern auch die Verringerung der tatsächlichen Arbeitszeit der Erwerbstätigen scheint die Diskrepanz zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage verringern zu können. Konsequenterweise stehen allgemeine Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung des Urlaubs und Verbot von Überstunden auch auf diesem Programm.

Und wenn man dann noch liest, daß nach Modellrechnungen

- eine Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft um 1 Stunde mehr als 600000 Personen,
- die Verlängerung des Urlaubs um 1 Tag pro Jahr fast 100000 Personen,
- die Halbierung der Anzahl der gegenwärtig in der Industrie geleisteten Überstunden von 2 auf 1 Stunde pro Woche 140000 Personen,
- die allgemeine Einführung des 10. Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres etwa 150000 Personen und
- die allgemeine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze um 1 Jahr etwa 100000 Personen

einen Arbeitsplatz verschaffen könnte, so fragt sich natürlich der „Mann von der Straße“, warum noch keine dieser Maßnahmen in Angriff genommen wurde bzw. erwartet, daß sie bald in die Wege geleitet werden.

All dies hört sich in der Tat sehr vernünftig und plausibel an. Sind aber solche Maßnahmen tatsächlich wünschenswert, notwendig, realisierbar und erfolgreich?

Das erste Problem stellt sich dadurch, daß eine quantitative Gegenüberstellung von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften selbstverständlich fast gar keinen Aussagewert hat. Arbeitslose Ostfriesen müssen erst einmal mit möglicherweise freien Arbeitsplätzen in

Baden-Württemberg zusammengebracht werden. Arbeitslose Lehrer können nicht die Nachfrage nach bestimmten Facharbeitern befriedigen. Die Kehrseite einer solchen Verteilung der arbeitswilligen Arbeitskräfte auf die vorhandenen Arbeitsplätze wäre, will sie auch kurzfristig erfolgreich sein, eine staatliche Lenkung des Arbeitskräfteangebots. Wollen die Verfechter dieser Maßnahmen dies in Kauf nehmen?

Darüber hinaus lernt jeder Ökonomiestudent schon im ersten Semester, daß eine Reduzierung des Arbeitskräfteangebots in einer Marktwirtschaft eine Tendenz zu steigenden Löhnen und damit zu steigenden Kosten beinhalten wird. Dies nun würde wiederum für die Unternehmen den Zwang zur Rationalisierung, zur Einführung kapitalintensiverer Produktionsmethoden verstärken und damit ganz das Gegenteil von dem bewirken, was beabsichtigt war.

Lohnverzicht?

Es sei denn, die beschäftigten Arbeitnehmer verzichteten auf eine sonst mögliche Lohnerhöhung, was jetzt von dem DGB-Vorsitzenden Vetter vorgeschlagen und mit viel Beifall in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde.

Ist man aber tatsächlich der Meinung, daß ein solches freiwilliges „Kartell zur Niedrighaltung der Löhne“ Realisierungschancen hat? selbst wenn die Arbeitnehmer freiwillig auf Lohnerhöhungen verzichten würden, wären die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf Produktivität und Wachstum nicht abzuschätzen.

Somit ist eine Politik, die das Arbeitskräfteangebot auf die Arbeitsplätze dirigistisch zuschneiden will, in einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich ja immer noch freiheitlich und marktwirtschaftlich nennt, weder wünschenswert noch realisierbar noch erfolgreich.

bleibt aber überhaupt eine Alternative? Muß man nicht, um die Vollbeschäftigung wiederzuerlangen, auf die Marktwirtschaft und ein paar Freiheiten verzichten, wie es heute immer mehr Leute fordern?

Mehr Arbeitsplätze schaffen

Eine Alternative gibt es schon. sie liegt klar auf der Hand, wenn man die Gültigkeit der Prämisse in Zweifel zieht, die stillschweigend von den Vertretern einer Politik der Rationierung der Arbeit als gültig angesehen wird: die Prämisse nämlich, daß die Nachfrage nach Arbeit die Konstante darstellt, an die sich das Arbeitsangebot — wenn nötig mit staatlichem Druck — anzupassen habe. Hebt man diese Prämisse auf, so ergibt sich daraus eine alternativer Strategie: Schaffung von mehr Arbeitskräften, dadurch Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Nun steht es außer Frage, daß die wichtigste Variable in einer solchen Strategie die unternehmerischen Investitionen darstellen, die wiederum schwergewichtig von den Gewinnen, und zwar den erwarteten, abhängigen. Stärkung der Gewinnerwartungen der Unternehmen heißt also hiernach die Devise. Als Maßnahmen bieten sich u. a. an: allgemeine Belebung der Nachfrage (Globalsteuerung), Steuervergünstigungen für Unternehmen, zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften. Gerade das letztere Mittel wird häufig in der Öffentlichkeit gefordert. Es ist aber wohl nur dann auch politisch realisierbar, wenn es mit vermögenspolitischen Maßnahmen gekoppelt ist. Nur dann, wenn die Arbeitnehmer Miteigentümer sind, bedeutet eine Erhöhung der Gewinne der Unternehmen nicht nur eine einseitige Erhöhung der Einkommen der Unternehmer.

Auch dies ist sicherlich kein Patentrezept und noch nicht einmal so plausibel wie das Gegenrezept. Es ist aber im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung eher vertretbar.